

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

18. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 15. Januar 2003

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 15/286)

1379 B

Entwicklung des Rüstungsexports in den letzten acht Jahren

MdlAnfr 20 **Petra Pau** fraktionslos

Antw PStSchr Rezzo Schlauch BMWA

1394 C

ZusFr Petra Pau fraktionslos

1394 D

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Damit kommen wir zur Frage 20 der Kollegin Pau:

Wie hat sich die Ausfuhr von Rüstungsgütern aus der Bundesrepublik Deutschland – einschließlich der Kooperationsprogramme der EU und der NATO – in den letzten acht Jahren entwickelt?

Rezzo Schlauch, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Kollegin Pau, die Gesamtwerte der jährlichen Ausfuhren von Kriegswaffen haben in den Jahren 1995 bis 2001 sehr geschwankt. Sie sind aber, insbesondere seit 1999, stark zurückgegangen. So wurden 1995 noch Kriegswaffen im Wert von 1,982 Milliarden DM ausgeführt; 2001 waren es – um in derselben Währung zu bleiben – Kriegswaffen im Wert von 0,718 Milliarden DM. Ausführliche Angaben zur Rüstungsexportstatistik werden von der Bundesregierung im jährlichen Rüstungsexportbericht veröffentlicht.

Der Dritte Rüstungsexportbericht mit den Zahlen für 2001 wurde im Dezember letzten Jahres vom Bundeskabinett verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet. Statistische Werte für das Jahr 2002 liegen noch nicht vor.

In diesen Berichten finden sich die Werte für die Ausfuhren von Kriegswaffen. Für sonstige Rüstungsgüter liegen nur die Werte der erteilten Ausfuhrgenehmigungen vor; hier werden die Ausfuhren selbst statistisch nicht erfasst.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zusatzfrage, Kollegin Pau? – Bitte schön.

Petra Pau (fraktionslos):

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Besagter Bericht ist mir heute tatsächlich als Drucksache

zugegangen. Eine erste Durchsicht veranlasst mich zu der Frage, wie Sie die dort zitierten Sonderfaktoren, welche die Erhöhung der Zahl der Ausfuhrgenehmigungen für sonstige Rüstungsgüter ermöglichen, qualifizieren würden.

Rezzo Schlauch, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

In manchen Jahren wurden Genehmigungen auf der Grundlage von Sonderfaktoren erteilt. Sie betrafen Lieferungen, die besonders hohe Volumina aufwiesen, wie beispielsweise die Lieferung von zwei U-Booten an Israel. Das muss politisch bewertet werden. Aus unserer Sicht ist an diesen Genehmigungen nichts zu kritisieren.